
Wiebke Knell

FDP FRAGT NACH GESUNDHEITSDIENST IN DER KRISE

28.05.2020

SCHWALM-EDER – Die FDP-Kreistagsfraktion Schwalm-Eder hat sich mit einem umfangreichen Fragenkatalog an den Kreistag gewandt um festzustellen, an welcher Stelle der öffentliche Gesundheitsdienst in Zukunft verbessert werden kann. In dem insgesamt 21 Teilfragen umfassenden Antrag soll unter anderem geklärt werden, wie viele Personen in Vollzeitstellen für den Infektionsschutz und das Nachverfolgen von Infektionsketten im Gesundheitsamt vor Beginn der Corona-Pandemie zur Verfügung gestanden haben und in welchem Umfang diese schließlich erhöht wurden. Außerdem soll geklärt werden, ob das Gesundheitsamt zu jeder Zeit in der Lage war, die Infektionsketten nachzuverfolgen und ob der Kreis von Seiten des Landes mit ausreichend Schutzmaterial versorgt wurde. Mit dem Berichtsantrag möchte die FDP-Fraktion erreichen, dass der öffentliche Gesundheitsdienst in Zukunft für Krisen bestmöglich gewappnet ist. Gerade in Krisenzeiten hat dieser nämlich eine besondere Bedeutung für die Bevölkerung.

„Wir erhoffen uns aus den Antworten Optimierungspotential für zukünftige Fälle auszumachen“, sagt die FDP-Fraktionsvorsitzende im Schwalm-Eder-Kreis und Landtagsabgeordnete Wiebke Knell. „In vielen Teilen Hessens gab es in den vergangenen Wochen starke Probleme und es sind viele Versäumnisse in den Gesundheitsämtern zum Vorschein gekommen. Das deutet auf eine Unterfinanzierung hin, die wir vermeiden möchten. Die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag hat bereits einen Antrag eingebracht, der die öffentlichen Gesundheitsämter stärken sollte. Leider wurde dieser von der schwarz-grünen Landesregierung abgelehnt. Meine Fraktion möchte daher, dass die Antworten auf unsere Fragen zeitnah in einer gemeinsamen Sitzung der Gesundheitskonferenz gemeinsam mit dem zuständigen Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Jugend und behandelt werden. Dort können dann auch weitergehende Ideen

mit den Krankenhäusern des Landkreises und Ärzten entwickelt werden. Nur so erreichen wir einen optimalen und flächendeckenden Schutz der Bevölkerung.“